

Haiti steht das Wasser bis zum Hals. Im April hielten tagelange Hungerrevolten mit Dutzenden von Toten das Land in Atem. Der Regierungschef stürzte. Nach zwei Fehlnominierungen akzeptierte erst Anfang August das Parlament Michèle Pierre-Louis als Ministerpräsidentin. Und dann zogen in kurzer Folge vier Wirbelstürme über das Land: Überschwemmte Regionen, Hunderte Tote – Hilfsorganisationen fürchten, dass bis zu vier Millionen Menschen noch tiefer ins Elend stürzen.



Eine Frau soll's richten

Michèle Pierre-Louis sucht für Haiti einen Ausweg aus der politischen Krise

V ielleicht ist der beste Anfang ja, schlecht zu starten. Und der Weg an die Spitze der haitianischen Regierung hatte alle Ingredienzien eines Fehlstarts für Michèle Pierre-Louis. Zwei zuvor Nominierte waren schon in der parlamentarischen Prüfungskommission gescheitert. Ericq Pierre, Mitarbeiter des Interamerikanischen Entwicklungsbank, konnte „nicht, wie gesetzlich vorgeschrieben, eindeutig beweisen“, dass er Nachkomme von haitianischen Staatsbürgern war. Er besitzt auch einen US-Pass. Auch die zweite Wahl von Präsident Preval fand vor der Findungskommission keine Gnade. Robert Manuel habe in den letzten fünf Jahren nicht in Haiti gelebt, wie die Verfassung für die Bestellung von Regierungschefs festlegt. Der Architekt und Aristidegegner war erst 2005 nach einem sechsjährigen Exil in den Vereinigten Staaten ins „Land der Berge“ zurückgekehrt.

Und kaum hatte der 65 Jahre alte René Preval, seit zweieinhalb Jahren Staatspräsident, den Namen von Michèle Pierre-Louis als dritte Nominierung für das Amt des Regierungschefs genannt, zogen im Armenhaus Lateinamerikas erneut politische Gewitterwolken auf. Zuerst auf den Fluren des Parlaments und dann auf den evangelikalen Webseiten machte das Gerücht die Runde, die designierte Regierungschefin lasse es an „moralischer Integrität“ mangeln. Plötzlich musste sich die 61-Jährige nicht nur dafür rechtfertigen, dass sie eine geschiedene Mutter einer Tochter ist. Vor allem sah sie sich mit der Gerüchteküche um ihre angeblichen „homosexuellen Neigungen“ konfrontiert.

Fast zwei Monate dauerte das Gezerre in den parlamentarischen Gremien. Ein Arbeitsausschuss der Deputiertenkammer lud sie vor, um sie nicht nur eingehend zu ihrer Staatsangehörigkeit zu befragen, sondern auch zu ihrem Privatleben. Stoisch lehnte die Sozial- und Wirtschaftswis-

senschaftlerin Antworten dazu ab. Zwar konnte sie letztendlich die erforderliche Zweidrittelmehrheit der Anwesenden im Unterhaus (99 Mitglieder) auf sich vereinigen. Aber um auch die Zustimmung des Senats (30 Mitglieder) zu erhalten, waren wiederum Verhandlungen und Geheimgespräche notwendig, vor allem mit den Parlamentsabgeordneten der regierenden *Lespwa* (Hoffnung) sowie den sozialdemokratischen Parteien *Fusion des Sociaux-Démocrates Haïtienne* und der *Organisation du Peuple en Lutte* (kreol: *Oganizasyon Pèp Kap Lité*, OPL). Bevor die Senatoren auch ihre Zustimmung gaben, musste Pierre-Louis Federn lassen. Den Mitgliedern des Oberhauses versicherte sie indirekt, nicht lesbisch zu sein, indem sie Gerüchte über ihre sexuelle Neigung als „Verleumdungen und Lügen“ bezeichnet. Allerdings blieben 12 Senatoren der Abstimmung fern.

Ein Pyrrhussieg? Wer in der Bestätigung Michèle Pierre-Louis' als haitianische Regierungschefin einen Schritt zur Akzeptierung von Frauen und Lesben in der haitianischen Gesellschaft sieht, dürfte enttäuscht werden. Evangelikale Kreise haben gezeigt und bewiesen, dass in Zeiten eines omnipräsenten Internets innerhalb von Sekunden der Ruf einer Person nachhaltig geschädigt werden kann. Dass in den USA, der Dominikanischen Republik und Haiti Feministinnen- und Lesbengruppen ihr kleines Netzwerk zur Unterstützung der Pierre-Louis in Bewegung gesetzt haben, kann ebenso wie die Zustimmung in den beiden haitianischen Parlamentskammern darüber hinweg täuschen: Eine allgemeine Akzeptanz für gleichgeschlechtliche Orientierung existiert nicht im „Land der Berge“.

Michèle Pierre-Louis ist die zweite Haitianerin an der Spitze einer Regierung. Claudette Werleigh war von Februar 1995 bis Februar 1996 die erste Ministerpräsidentin des Landes. Und wie Werleigh kommt Pierre-Louis aus einer Nichtregierungsorganisation. Die 1947 in der süd-

westlichen Hafenstadt Jeremie Geborene hat in den USA zuerst Ökonomie und erst Jahre später Sozialwissenschaften studiert. Von 1986 bis 1988 arbeitete sie für „Mission Alpha“, ein von der katholischen Kirche gesponsertes Literaturprogramm. Wie Preval gehörte auch sie Ende der 80er- und Anfang der 90er-Jahre der „Erdrutsch“-Bewegung von Ex-Präsident Jean-Bertrand Aristide an. 1991 diente sie Aristide, der heute im südafrikanischen Exil lebt, als Beraterin. Für ihn koordinierte sie die Arbeit zwischen Präsidentenamts, den Ministern und Bauernorganisation für eine niemals stattgefundene Agrarreform. 1993 war sie sogar kurzzeitig als Chefin seiner Regierung im Gespräch.

Allerdings ging sie schon früh mehr und mehr auf Distanz zu ihrem ehemaligen Weggefährten Aristide und engagierte sich in Nichtregierungsorganisationen, vornehmlich in Menschenrechts- und Bildungsinstitutionen. Seit 1995 leitete sie die *Fondasyon Konesans Ak Libète* (FOKAL, deutsche Übersetzung des kreolischen Namens: Stiftung für Wissen und Freiheit). FOKAL wird vom *Open Society Institute* des US-Magnaten und Philanthropen George Soros finanziert. Die FOKAL-Stiftung bietet im ganzen Land Ausbildungsprogramme an, hat in den letzten 15 Jahren über 40 Bibliotheken in Haiti aufgebaut, organisiert Alphabetisierungsprogramme in den ländlichen Gebieten, kümmert sich um Umweltschutz und Frauenrechte.

Bei ausländischen Partnern ist Michèle Pierre-Louis als eine effiziente, kompetente und vor allem couragierte Kämpferin gegen Armut, Korruption und Vorurteile geschätzt. „Sie hat sich in all den Jahren an der Spitze von Nichtregierungsorganisationen erstaunlich unempfindlich für Machtallüren und vor allem für die Verführungen gefüllter Kassen gezeigt. Sie ist wirklich integer“, lobpreisen sie Projektpartner aus dem Ausland. Als vor Jahren militante Aristide-Anhänger FOKAL-Mitarbeiter mit Waffen bedrohten, stellte sie sich persönlich zwischen die Schimäre genannten Militanten und ihre Mitarbeiter. Das hat ihr allgemeine Anerkennung auch in Haiti gebracht. Für René Preval ist seine Regierungsverantwortliche keineswegs dritte Wahl. Beide verbindet eine persönliche Freundschaft, außerdem ist sie seit seinem Amtsantritt als haitianischer Staatspräsident im Jahre 2006 seine bildungspolitische Beraterin. Dass er sie erst nominierte, nachdem zwei seiner Kandidaten durchgefallen waren, darin sehen politische Beobachter sogar einen „Schutzreflex“. Er habe sie vor der „Schmutzkampagne“ schützen wollen, die dann auch prompt eintrat, vermutet ein europäischer Beobachter in Port-au-Prince.

Vor der 61-Jährigen liegt eine Titanenaufgabe – sie muss einen Staat regieren, der schlicht und einfach pleite ist, in dem Zweidrittel der knapp 9,5-Millionen-Einwohner statistisch am Rande der Armutsgrenze mit 1,25 Euro, ein Drittel sogar mit weniger als 60 Eurocents pro Tag auskommen müssen. Seit Ex-Militärs und von den USA finanzierte Rechte im Jahre 2004 den populistischen Jean-Bertrand Aristide ins Exil trieben, wird die öffentliche Sicherheit in Haiti von einer UN-Blauhelmschutztruppe gewährleistet. Rund 9000 Minustah-Soldaten, der *Mission des Nations Unies pour la Stabilisation en Haïti*, und UNPOL-Polizisten sollen für Ordnung und Sicherheit sorgen. Mit unterschiedlichem Erfolg. Entführungen sind nach wie vor eine nicht versiegende Einkommensquelle für kriminelle Banden. Arbeit für die Millionen Erwerblosen gibt es keine, auch keine Aus-

sicht darauf. Nach wie vor leben die meisten HaitianerInnen von Gelegenheitsarbeiten. Ohne die fast zwei Milliarden US-Dollar Auslandsüberweisungen der haitianischen Arbeits- und ArmutsmigrantInnen hätten viele Familien in den Slums von Port-au-Prince oder den Kleindörfern in den Bergregionen kein Geld, um ihren reduzierten Lebensunterhalt überhaupt zu garantieren.

Vor einem halben Jahr, im April, explodierte dann die Wut über die Verteuerung der Lebensmittel in Les Cayes, im Südwesten der Landes. Menschen protestierten gewaltsam gegen Preisaufschläge von bis zu 30 Prozent vor allem für Grundnahrungsmittel. Politische Beobachter sehen allerdings in dem Hungeraufstand einen Zusammenhang mit der Fahndung nach einem der ehemaligen Anführer des Aufstands gegen Aristide von 2004. Guy Philippe wird von den US-amerikanischen Fahndern als einer der Hintermänner des haitianischen Drogenhandels seit Monaten in der Region Les Cayes gesucht. Tage vor der entscheidenden Senatsabstimmung über die neue Regierungspräsidentin meldete sich 150 ehemalige Angehörige der abgeschafften haitianischen Armee mit einer Besetzungsaktion. In Tarnuniformen und bewaffnet besetzten Ex-Mitglieder der *Forces Armées d'Haïti* (FADH) im Norden des Landes ein ehemaliges Gefängnis und eine Kaserne. Michèle Pierre-Louis ist eine bekannte Armeegegenerin.

Und dann musste Pierre-Louis, noch bevor sie überhaupt ihre Kabinettsliste dem Parlament vorlegen konnte, den nationalen Notstand ausrufen. Zuerst hatte Wirbelsturm Fay erste Überschwemmung verursacht, dann tobte Gustav über das Land, das zu 60 Prozent bergig ist. Schließlich setzten die schweren Regenfälle von Hurrikan Hanna die gesamte Region um die Hafenstadt Gonaïve unter Wasser. Bei der Überschwemmung der Reiskammer des Landes starben nach Schätzungen der Koordination humanitärer Hilfe (OCHA) 500 Menschen. Vor vier Jahren waren bei einer ähnlichen Naturkatastrophe fast 5000 Menschen Opfer der Schlamm- und Wassermassen geworden. Nur langsam rollt die internationale Hilfe an. Nicht zuletzt wie sie den Notstand managt wird den weiteren Weg von der Regierungschefin bestimmen. Es gibt nicht wenige, die ihr ein Scheitern wünschen – und zudem besitzt sie keine wirkliche parlamentarische Mehrheit. Michèle Pierre-Louis wird, so scheinen einige Abgeordnete zu hoffen, ihr Abstimmungsverhalten mit Konzessionen erkaufen müssen, sprich sie in ihre Regierung mit einbinden müssen – und so etwas heißt in Haiti oft auch finanzielle Zugeständnisse machen.

Dass vielen ParlamentarierInnen und Beschäftigte in den Ministerien, die Schmiergeld für Gefallen als naturgegeben erwarten, vor der Frau graut, der der Ruf einer unbestechlichen Antikorruptionsvertreterin vorausgeht, ist verständlich. Selbst ausgebuffte Diplomaten und kriegsgebietserfahrene Vertreter von internationalen Organisationen verstricken sich in dem feinen Gewebe vermeintlicher bürokratischer Ineffizienz, die Hilfsprojekte blockiert, und der nur selten und wenn, dann mit Geldscheinen beizukommen ist. Es sind nicht nur böse Zungen, die behaupten, dass politische Kreise im Armenhaus Lateinamerikas nichts sehnlicher wünschen als eine Fortsetzung der politischen Krise, damit sie ungeniert ihren lukrativen Geschäften nachgehen können. Ein steiniger Weg liegt vor Michèle Pierre-Louis. ♦